

**Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am
19.02.2018 - öffentlicher Teil**

Datum: 19.02.2018

Zeit: 17:00 Uhr –19:38 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	(für Herrn Burkhard Fleischmann)
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU
Herr Josef Menke	CDU
Herr Siegfried Schön	CDU

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE	(für Herrn Reiner Prodöhl)
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE	

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Achim Rensch	BLR	(ab 17:09 Uhr)
-------------------	-----	----------------

FDP-Fraktion

Herr Klaus Scheffel	FDP
---------------------	-----

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich	Grüne/RdUM	(für Frau Birgit Bader)
---------------------	------------	-------------------------

Sachkundige Einwohner

Herr Thomas Simon	SPD/BVB
Herr Wolfgang Steffini	CDU

Verwaltung

Herr Dietmar Schulze	Landrat	(bis 18:25 Uhr)
Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter	
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter	
Herr Michael Steffen	Leiter Jobcenter	
Frau Britt Stordeur	Amtsleiterin Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaftliche Infrastruktur, Tourismus	
Herr Dr. Achim Wendlandt	Gesundheits- und Veterinäramt	(bis 19:07 Uhr)

Gäste

Herr Silvio Moritz	Geschäftsführer Investor Center Uckermark GmbH (ICU)
Frau Brigitte Eikemper-Gerlach	Sachkundige Einwohnerin des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Abwesende Ausschussmitglieder:**SPD/BVB-Fraktion**

Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	entschuldigt
---------------------------	---------	--------------

CDU-Fraktion

Herr Reinhold Klaus	CDU	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

Fraktion DIE LINKE

Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE	entschuldigt
---------------------	-----------	--------------

Fraktion Grüne/RdUM

Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM	entschuldigt
-------------------	------------	--------------

Sachkundige Einwohner

Frau Heidi Hartig	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hoppe begrüßt die Mitglieder des REA, den Landrat Herrn Schulze, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung, den Geschäftsführer der ICU GmbH Herrn Moritz und den Vertreter der Medien.

Herr Hoppe teilt mit, dass 11 Kreistagsmitglieder und zwei sachkundige Einwohner des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Hoppe teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Hoppe informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Herr Hoppe schlägt wegen des Sachzusammenhangs vor, die Diskussion zu den Anträgen AN/836/2018/1 und AN/042/2018 unter TOP 7.1 im Zusammenhang zu führen und danach getrennt über die beiden Anträge abzustimmen.

Herr Hoppe stellt fest, dass keine Änderungen zur Tagesordnung vorliegen und die zugesandte Tagesordnungen damit als bestätigt gilt.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 13.11.2017 - öffentlicher Teil
244/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
 - 7.1 Institutionelle Förderung des Tierparkes Angermünde
AN/836/2017/1
CDU-Fraktion
 - 7.2 Stärkung der Mittelzentren als Anker kulturellen Lebens im ländlichen Raum
AN/042/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR
 - 7.3 Stärkung des Mobilfunks in der Uckermark
AN/041/2018
Fraktion DIE LINKE, SPD/BVB-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion BLR
8. Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung der Uckermark,
Berichterstatter: Herr Moritz
9. Umsetzung des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFG 2)
BV/009/2018
10. Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jahr 2018 und optional für 2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
BV/034/2018

11. Informationen des Jobcenters Uckermark zur Begleitung junger Menschen insbesondere Ausbildungsuchender im Jobcenter Uckermark
BR/016/2018
12. Erstellung eines Bildungsberichtes im Zusammenhang mit der Entstehung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und Entwicklung einer Bildungsstrategie. Aufbauend auf die bisherigen vorbereitenden Arbeiten soll nun konkret die Erstellung des Bildungsberichtes für den Landkreis Uckermark erfolgen.
BV/020/2018

**zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 13.11.2017 - öffentlicher Teil
244/2017**

Herr Hoppe stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 13.11.2017 - öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Hoppe merkt an, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Hoppe stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Hoppe merkt an, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

**zu TOP 7.1: Institutionelle Förderung des Tierparkes Angermünde
AN/836/2017/1
CDU-Fraktion**

Herr Dr. Gerlach merkt einleitend zum Antrag AN/836/2018/1 an, dass dieser selbst-erklärend ist und vom Kreistag zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Herr Hoppe bemängelt, dass ihm zum Antrag AN/836/2018/1 seitens der Verwaltung der Stadt Angermünde bisher nichts vorliegt und möchte von Herrn Dr. Gerlach wissen, ob er nochmals Rücksprache dahingehend geführt hat, inwieweit der vorliegende Antrag auch die Meinung der Verwaltung der Stadt Angermünde darstellt.

Herr Theiß informiert, dass sich die Stadtverordnetenversammlung Angermünde zurzeit mit dem Tierpark Angermünde in der Klärung befindet. Es handelt sich dabei um nichtöffentliche Interna zwischen der Stadt Angermünde und dem Betreiber des Tierparks. So lange diese nicht geklärt seien, würde der Antrag AN/836/2018/1 ins Leere laufen und die vorgesehene Fördersumme wegen des bestehenden Vertrages nicht dem Tierpark, sondern der Stadt Angermünde zufließen. Er hält deshalb den Antrag AN/042/2018 für den besseren Antrag, da dieser wesentlich mehr Handlungsspielraum bieten würde. Herr Theiß schlägt dem Einreicher des Antrages AN/836/2018/1

vor, zusammen mit Herrn Volkhard Maaß (CDU-Fraktion) den Vorgang nochmals zu analysieren und plädiert dafür, den Antrag AN/836/2018/1 zurückzuziehen.

(Herr Rensch kommt u. 17:09 Uhr.)

Herr Rohne hält es für problematisch mit dem Antrag AN/836/2018/1 in den laufenden Haushalt 2018 einzugreifen. Auch hätte erwartet, dass nach Überweisung des Antrages in die Ausschüsse sich der Einreicher zunächst mit der Situation vor Ort befasst. Dieses sei scheinbar nicht erfolgt, da sonst der Antrag bereits zurückgezogen worden wäre. Herr Rohne bittet den Einreicher, den Antrag AN/836/2018/1 so zurückzuziehen, da er dem Antrag sonst aus den vorgenannten Gründen nicht zustimmen kann.

Herr Dr. Gerlach sieht die vertragliche Vereinbarung zwischen der Stadt Angermünde und dem Tierparkbetreiber, die Förderung durch die Stadt Angermünde bei zusätzlicher Förderung von anderer Seite zu reduzieren, als Problem der Stadt Angermünde an. Er hält deshalb eine Ergänzung des Antrages AN/836/2018/1 dahingehend für möglich, dass die im Antrag genannte Förderung unter der Voraussetzung erfolgt, dass das Problem zwischen der Stadt Angermünde und dem Tierparkbetreiber hinsichtlich der Fördermittelbereitstellung entsprechend gelöst wird. Da es jedoch Interesse der Stadt Angermünde liegen müsste, dass ihr Tierpark gefördert wird, hält es Herr Dr. Gerlach für angebracht, dass die Stadt Angermünde tätig wird, um die vertragliche Sperre zur Fördermittelbereitstellung in der Stadtverordnetenversammlung Angermünde aufzuheben.

Herr Hoppe ist der Meinung, dass nach Verweisung des Antrages AN/836/2018/1 in die Ausschüsse zunächst der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung die finanzielle Seite hätte klären sollen, um dann eine Grundlage für die Diskussion in den übrigen Ausschüssen zu haben.

Herr Scheffel möchte u. a. wissen, wie die Stadtverwaltung Angermünde zur Angelegenheit steht und merkt an, dass ihm hierzu bisher nichts bekannt ist. Er spricht sich für eine Zurückziehung des Antrages AN/836/2018/1 und für einen Beschluss des Antrages AN/042/2018 aus.

Herr Rohne nimmt Bezug auf den Antrag AN/042/2018, wonach auch Geld an Angermünde als Mittelzentrum fließen soll, um eine kulturelle Einrichtung in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern. Er hält es deshalb für möglich, dass im Rahmen des noch auszuarbeitenden Konzeptes die Stadt Angermünde dieses Geld für den Tierpark Angermünde als wichtige kulturelle Einrichtung einsetzt, ohne dass eine vertragliche Aufrechnung mit eigenen Förderungen erfolgt. Herr Rohne spricht sich deshalb gegen den Antrag AN/836/2018/1 und für den Antrag AN/042/2018 aus.

Herr Menke schlägt vor, eine entsprechend geänderte Formulierung für den Antrag AN/836/2018/1 zu finden, damit dem Tierpark Angermünde die beantragte Fördersumme zusätzlich zufließen kann.

Herr Heinemann weist darauf hin, dass die Kreistagsmitglieder bei der Förderung anderer Institutionen vorher immer genau informiert wurden und bemängelt, dass ihm bezüglich der Förderung des Tierparks Angermünde keine Informationen vorliegen und viele Sachen noch ungeklärt sind.

Der Landrat und Herr Hoppe möchten angesichts der heutigen Diskussion wissen, ob die CDU-Fraktion den Antrag AN/836/2018/1 zurückzieht oder beabsichtigt, diesen heute in geänderter Fassung zur Abstimmung zu bringen.

Herr Dr. Gerlach spricht sich dafür aus, den Antrag AN/836/2018/1 zu überarbeiten und heute nicht zur Abstimmung zu stellen.

Der Landrat teilt ergänzend mit, dass er in der vergangenen Woche Gespräche mit dem Bürgermeister der Stadt Angermünde und der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung für den Tierpark geführt hat, die ihm mitgeteilt haben, dass sie große Probleme mit dem von der CDU-Fraktion vorgelegten Antrag AN/836/2018/1 haben und beim noch vorliegenden Antrag AN/042/2018 durchaus auch die Förderung des Angermünder Tierparks weiter verfolgt werden kann. Des Weiteren informiert der Landrat darüber, dass es in der letzten INTERREG-Förderperiode in der Euroregion ein Förderprojekt gab, wo unter der Leadpartnerschaft des Tierparks Ueckermünde mehrere Tierparke auf deutscher und polnischer Seite gefördert wurden. Der Landrat teilt mit, dass im Rahmen des Förderprojektes ca. 526 T€ im investiven Bereich mit einem Fördersatz von 85 % eingesetzt worden sind. Er bemängelt in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Angermünde dort nicht zugegen war und damit darauf verzichtet hat, investive Fördermittel für den Tierpark in die Hand zu nehmen. Auch in der laufenden Förderperiode gibt es ein INTERREG-Förderprojekt in Höhe von ca. 4,55 Mio. Euro, an dem Angermünde im Gegensatz zu anderen Städten und ihren Tierparks ebenfalls nicht beteiligt ist.

Herr Dr. Gerlach fragt im Zusammenhang mit dem Antrag AN/042/2018 nach der Möglichkeit, einen Kriterienkatalog zu erstellen, um die Bewerbungen hinsichtlich einer Förderung einzugrenzen. Neben einer Direktförderung hält Herr Dr. Gerlach auch eine Senkung der Kreisumlage für möglich, um den Gemeinden damit wesentlich mehr Geld für die Förderungen ihrer Kultureinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Herr Rohne sieht auf Grund der Formulierung des Antrages hinsichtlich der Förderung einer kulturellen Einrichtung je Mittelzentrum und der Vorabstimmung des Landrates mit den Mittelzentren im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Konzeptes zur Zusammenarbeit und Unterstützung im kulturellen Bereich keinen Bewerberansturm auf die Fördermittel zukommen, da in Bezug auf die Stadt Angermünde formuliert werden wird, welche kulturelle Einrichtung sich der Landkreis für eine langfristige Förderung vorstellen könnte.

Herr Menke möchte wissen, warum die Förderung kultureller Einrichtungen nochmals aufgemacht wird, wo doch bereits große Kultureinrichtungen seitens des Landkreises gefördert werden.

Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass es bei dem Antrag AN/042/2018 um die Stärkung der Mittelzentren in ihrer Umlandfunktion und nicht um eine Senkung der Kreisumlage geht.

(Herr Hoppe übergibt um 17:45 Uhr die Sitzungsleitung an Herrn Scheffel.)

Herr Hoppe nimmt zum Antrag AN/042/2018 Stellung und merkt u.a. an, dass er in der zweckgebundenen Förderung des Landkreises keinen Verstoß gegen die kommunale Selbstverwaltung der Mittelzentren sieht. Er weist darauf hin, dass mit dem Antrag eine kulturelle Einrichtung je Mittelzentrum durch den Landkreis unabhängig

von der Kreisumlage gefördert werden soll. Herr Hoppe macht noch darauf aufmerksam, dass der Kreistag entscheidet, wer diese Förderung erhält.

(Herr Hoppe übernimmt um 17:48 Uhr wieder die Sitzungsleitung.)

Herr Dr. Gerlach teilt für die CDU-Fraktion mit, dass der Antrag AN/836/2018/1 heute nicht zur Abstimmung gestellt und für die heutige Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung zurückgezogen wird, um diesen gegebenenfalls noch zu überarbeiten.

zu TOP 7.2: Stärkung der Mittelzentren als Anker kulturellen Lebens im ländlichen Raum

AN/042/2018

SPD/BVB-Fraktion

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag:

„Zur Stärkung der Mittelzentren als Anker im ländlichen Raum wird der Landrat gebeten, in Abstimmung mit den Mittelzentren ein Konzept der Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung im kulturellen Bereich zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Zielstellung soll dabei sein, die nachhaltige Zusammenarbeit und Förderung mit einer kulturellen Einrichtung je Mittelzentrum langfristig abzusichern.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.3: Stärkung des Mobilfunks in der Uckermark

AN/041/2018

Fraktion DIE LINKE

Herr Rohne sieht dringenden Handlungsbedarf in vorliegender Angelegenheit und plädiert für Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Menke begrüßt die vorgesehene Unterstützung von Neukünkendorf hinsichtlich des Internetanschlusses. Er bittet jedoch den Landrat auch zu prüfen, wo sonst noch Unterstützungsbedarf vorliegt.

Herr Theiß erläutert die besondere Situation in Neukünkendorf und weist auf die Gefährdung der Existenz mehrerer Firmen mit deren Arbeitsplätzen hin, sollte das Dorf vom schnellen Internetanschluss abgeschnitten werden.

Der Landrat merkt u. a. an, dass bei Antragstellung der Fall Neukünkendorf aktuell von Bedeutung war und der vorliegende Antrag hierzu auch seine Unterstützung finden wird. Anschließend geht er noch auf die aktuelle Situation bezüglich der Breitbandversorgung von Neukünkendorf ein.

Herr Scheffel schlägt als Miteinreicher des Antrages AN/041/2018 vor, den zweiten Satz des Beschlussvorschlages komplett zu streichen und im ersten Satz des Beschlussvorschlages hinter dem Wort Mobilfunknetz „/Internetanschluss“ einzufügen.

Herr Hoppe weist darauf hin, dass bei Änderung des vorliegenden Antrages zuvor eine Einigung mit den übrigen Mitunterzeichnern des Antrages erfolgen muss.

Herr Theiß macht u.a. noch darauf aufmerksam, dass der Antrag nicht ausschließt, dass noch weitere benachteiligte Regionen bezüglich der Internetanbindung durch den Landkreis unterstützt werden.

Herr Rohne spricht sich gegen eine mögliche Umschreibung des vorliegenden Antrages aus und weist auf den zweiten Absatz des Antrages hin, der gegebenenfalls eine Unterstützung weiterer benachteiligter Regionen vorsieht.

(Der Landrat geht um 18:25 Uhr.)

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Gerlach zum jetzigen Internetausbau nimmt Herr Stornowski Stellung. Er teilt u.a. mit, dass der Vertragsabschluss zwischen dem Landkreis und dem Netzbetreiber auf der Grundlage des Wirtschaftlichkeitslückenmodells erfolgt. Herr Stornowski begrüßt den vorliegenden Antrag, weil durch ihn die bestehenden Versorgungslücken im Landkreis dargestellt werden, was u. U. ein Aufhorchen in der Politik nach sich ziehen könnte.

Herr Menke nimmt Bezug auf den ersten Teil des Antrages und bittet den Landrat zu prüfen, ob es für das Mobilfunknetz in bestimmten schwachen Gebieten nicht möglich ist, eine Förderung z.B. von Mobilfunktürmen seitens des Landkreises aufzulegen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag:

„Der Landrat wird gebeten, unterversorgte Bereiche im Mobilfunknetz im Landkreis Uckermark festzustellen und sich für die Beseitigung dieser bei den entsprechenden Stellen einzusetzen.

Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, bei der Absicherung des Internetanschlusses im Raum Neukünkendorf jegliche mögliche Unterstützung durch die Kreisverwaltung zu geben sowie ggf. weitere benachteiligte Regionen bezüglich der Internetanbindung zu identifizieren und gleichermaßen tätig zu werden.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 8: Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung der Uckermark, Berichterstatter: Herr Moritz

Herr Moritz berichtet anhand einer Präsentation über die wirtschaftliche Entwicklung in der Uckermark und erläutert, wie die Investor Center Uckermark GmbH (ICU) als Wirtschaftsförderer mit dieser Entwicklung umgeht.

Des Weiteren berichtet Herr Moritz darüber, dass in der vergangenen Woche das ICU und die Industrie- und Handelskammer (IHK) gemeinsam den Arbeitskreis Nord – Zukunft Uckermark wieder ins Leben gerufen haben, dem zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kommunen angehören, um darüber zu diskutieren, wie die tatsächliche Entwicklung in der Uckermark unter Berücksichtigung der Herausforderungen im wirtschaftlichen Bereich weitergeht. Ziel dieses Arbeitskreises ist es, im Endeffekt ein Struktur- und Entwicklungskonzept zu erarbeiten und dadurch eine wissenschaftliche Grundlage zu erhalten, um Bedarfe und Potentiale aufzeigen zu können.

Herr Moritz hält es für wichtig, alle Beteiligten aus der Wirtschaft und auch die Mitglieder in den Ausschüssen und im Kreistag dafür zu gewinnen, weiterhin daran zu arbeiten, die wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzuführen und alle dafür tätigen Unternehmen im Landkreis zu unterstützen, um eine Weiterentwicklung der Uckermark zu ermöglichen.

Die Präsentation wird auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 1**).

Der Ausschuss für Regionalentwicklung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu TOP 9: Umsetzung des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFG 2)

Vorlage: BV/009/2018

Herr Brandenburg weist darauf hin, dass der Bund nochmals Mittel aus seinem Haushalt mit einer sehr guten Förderung zur Verfügung gestellt hat. Er weist u.a. auf die Anlage zur Beschlussvorlage hin, in der die vorgesehenen projektbezogenen Förderungen an Schulen in Trägerschaft des Landkreises Uckermark dargestellt werden.

Herr Menke begrüßt die vorgesehenen Förderungen. Er bemängelt jedoch, dass seine Gemeinde haushaltsmäßig so strukturschwach aufgestellt ist, dass es nicht möglich ist, dort einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und Mittel für dringende Investitionen bereitzustellen. Herr Menke plädiert dafür, die vorgesehenen Förderungen auch auf strukturschwache Kommunen zu erweitern.

Herr Brandenburg macht darauf aufmerksam, dass von den Investitionen in die benannten Schulen auch Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Uckerland profitieren, wenn sie in diese Schulen gehen.

Herr Dr. Gerlach begrüßt das vorgesehene Förderprogramm und die jährlich in die Schulen der neuen Bundesländer fließenden finanziellen Mittel.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. *Der Kreistag beschließt, die auf der Grundlage des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 – KInvFG 2) für den Landkreis Uckermark zur Verfügung stehenden Mittel gemäß der Anlage zu verwenden.*
2. *Der Landrat wird beauftragt, die haushalterische Umsetzung zu veranlassen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10: Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jahr 2018 und optional für 2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest

Vorlage: BV/034/2018

Herr Dr. Wendlandt geht auf die aktuelle Situation der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Europa ein und merkt an, dass mit dem befristeten Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2018/2019 ein Anreiz für Jäger geschaffen werden soll, vermehrt Schwarzwild zu erlegen und damit der Gefahr der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest auf den Landkreis entgegenzuwirken.

Herr Brandenburg informiert, dass der Landkreis zurzeit einen Katastrophenschutzplan erarbeitet für den Fall, dass der Landkreis von der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist.

Herr Menke möchte noch wissen, ob es eine Erstattung der Trichinenuntersuchungsgebühren rückwirkend ab 01.01.2018 für die Untersuchungen gibt, die vor Beschluss des Kreistages in vorliegender Angelegenheit erfolgten.

Herr Brandenburg teilt mit, dass es eine Rückerstattung der Gebühren bei entsprechender Antragstellung geben wird.

Herr Rensch hinterfragt, welche Vorkehrungen die polnischen Nachbarn gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest treffen.

Herr Dr. Wendlandt merkt an, dass in Polen ebenfalls entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden und Jäger zum Teil Sonderurlaub zur Erlegung von Schwarzwild erhalten.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag Uckermark beschließt, für das Haushaltsjahr 2018 auf die Erhebung von Trichinenuntersuchungsgebühren zu verzichten. Gleichzeitig ermächtigt der Kreistag den Landrat, bei unveränderter Sachlage den Verzicht auf die Erhebung der Gebühren auch für das Haushaltsjahr 2019 anzuordnen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

(Herr Dr. Wendlandt geht um 19:07 Uhr.)

(Herr Hoppe übergibt um 19:07 Uhr die Sitzungsleitung an Herrn Scheffel und verlässt den Sitzungsraum.)

zu TOP 11: Informationen des Jobcenters Uckermark zur Begleitung junger Menschen insbesondere Ausbildungsuchender im Jobcenter Uckermark

Vorlage: BR/016/2018

Herr Steffen merkt u. a. an, dass bereits im Zuge des Arbeitsmarktprogramms 2017/2018 darauf hingewiesen wurde, wie die Bildungssituation beim Übergang von der Schule in den Beruf ist. Er teilt mit, dass die Vorlage bereits zum Ende des letzten Jahres im zuständigen Beirat ausführlich diskutiert wurde und jetzt auch in der ersten Ausschusssrunde dem REA, KBSA und ASGA vorgestellt werden soll, um ins-

gesamt über das Thema Bildung und Situation am Übergang Schule – Beruf zu informieren und beraten.

Herr Steffen weist auf das statistische Zahlenmaterial in der Berichtsvorlage hin und darauf, dass es in der Uckermark im Vergleich zu anderen Landkreisen einen sehr hohen Anteil an Jugendlichen gibt, der die Schule ohne Schulausbildung verlässt und die Uckermark damit in Brandenburg und auch bundesweit an der Spitze liegt. Er macht darauf aufmerksam, dass es im Bereich des Jobcenters eine Vielzahl von Möglichkeiten der Unterstützung gibt, wie z.B. Aufnahme einer Ausbildung, assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, Ausbildungsbonus, Einstiegsqualifizierung u. a.

Herr Steffen regt an, darüber zu diskutieren, was präventiv zu tun ist, um zum Ende der Schulzeit nicht vor der geschilderten Situation zu stehen.

(Herr Hoppe übernimmt um 19:12 Uhr wieder die Sitzungsleitung.)

Herr Brandenburg weist auf das Problem der Schulabgänger ohne Schulabschluss hin und darauf, dass brandenburgweit nicht richtig geklärt ist, wie die Schulabgänger aus der Förderschule zu betrachten sind.

Herr Dr. Gerlach macht auf das Problem der eingeschränkten Mobilität bzw. des eingeschränkten ÖPNV aufmerksam.

Herr Steffen weist darauf hin, dass das Problem der eingeschränkten Mobilität nicht nur ein Problem des ÖPNV ist. Er merkt in diesem Zusammenhang an, dass Schüler zum Teil bereits mit 15 Jahren die Schule verlassen und somit noch nicht in der Lage sind einen Führerschein zu machen.

Herr Brandenburg nimmt aus Sicht des ÖPNV Stellung und weist u.a. darauf hin, dass Berufsschulen und größere Orte im Rahmen des normalen Schul- und Arbeitsrhythmus durch den ÖPNV bedient werden können.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 12: Erstellung eines Bildungsberichtes im Zusammenhang mit der Entstehung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und Entwicklung einer Bildungsstrategie. Aufbauend auf die bisherigen vorbereitenden Arbeiten soll nun konkret die Erstellung des Bildungsberichtes für den Landkreis Uckermark erfolgen.

Vorlage: BV/020/2018

Herr Stornowski weist einleitend darauf hin, dass mit der Beschlussvorlage dem Landrat der Auftrag erteilt werden soll, einen Bildungsbericht zu erarbeiten, um damit auch anhand von bestimmten Kennziffern die Entwicklung im Bildungsbereich in der Uckermark nachzuvollziehen und zu erkennen, ob die entsprechenden Bildungsmaßnahmen effizient sind oder nicht.

Frau Stordeur informiert anhand einer Präsentation über die Bildungslandschaft in der Uckermark.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden wird die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 2**).

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landrat wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2018 erstmalig einen Bildungsbericht des Landkreises zu erarbeiten, der regelmäßig (mindestens im 3-Jahres-Rhythmus) fortgeschrieben werden soll.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zur Kenntnis genommen:

gez. Jürgen Hoppe
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer